



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886690

P/XIII/1 - 2. Januar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite 1 - 2	Vergessene Gelegenheit Zur innenpolitischen Lage Von. W. Mellies, stellvert. Vorsitzender der SPD	70 Zeilen
Seite 3 - 4	Der Kongress von Kairo Antikolonialismus ist kein Allheilmittel	59 Zeilen
Seite 5	Der Kanzler und die Frauen Ein Versprechen, das nicht gehalten wurde	31 Zeilen
Seite 6	Zeichen und Wunder Ehrlicher Pinder und verkürzter Instanzenweg	30 Zeilen
Seite 7	Ein rechtes Wort zur rechten Zeit Zur Neujahrsansprache des Bundespräsidenten	40 Zeilen

* * * *

Zur Beachtung: Die nächste Ausgabe enthält einen interessanten Artikel
zu dem Thema: "Sicherheit für Westeuropa durch US-Raketen?"

* * * *

Verpasste Gelegenheit

Der Jahreswechsel sah den neuen Bundesfinanzminister sicher mit sorgenvollen Gedanken. Im Monat Januar muss der Haushaltsplan für 1958/59 vom Kabinett verabschiedet werden. Es wird sich dann herausstellen, dass der neue Chef im Finanzministerium kaum eine der vielen Hoffnungen erfüllen kann, die mit seiner Berufung verbunden waren. Es wird keine Steuersenkung geben. Die Steuerreform wird weiter auf sich warten lassen. Es wird grosser Anstrengungen bedürfen, um überhaupt einen Ausgleich des Haushalts zu erreichen.

Erst jetzt zeigt sich in vollem Umfange, welche schlechte Erbschaft der frühere Bundesfinanzminister hinterlassen hat. Wer die Augen nicht verschloss, wusste seit langem, dass er zwar der Mann war, der darauf achtete, dass Geld in der Kasse des Bundes war; der grösseren und entscheidenderen Aufgabe, eine weitsichtige Finanzpolitik zu treiben, ist er jedoch nicht gerecht geworden. Schäffer sah die Finanzpolitik unter dem Gesichtspunkt des sorgenden Hausvaters, der um jede Mark Ausgabe feilschte und für zukünftige Anforderungen genügend auf die hohe Kante legte. So wollte er, nachdem die Besatzungskosten weggefallen waren, mit den Ersparnissen das Kapital für die Aufrüstung beschaffen. Es entstand der "JuliuSturm". Aber er konnte seinen Zweck nicht erfüllen, weil man hohe Milliardenbeträge für eine Aufgabe nicht so sparen und später verwenden kann, wie die gleiche Zahl von Tausenden für einen Hausbau.

Die Milliarden, auf diese Weise gehortet und später schnell ausgegeben, bedeuten erhebliche Gefahren für die Wirtschaft und die Währung. Es war - darüber gibt es keinen Zweifel - kein finanzpolitisches Meisterstück des Finanzministers. Doch seien wir gerecht - nicht ihn allein trifft die Verantwortung; Bundesregierung und Mehrheit des Parlaments haben diese Politik mitgemacht, und im Wahlkampf ist sie von der CDU sehr gefeiert worden.

Gerade nach dem Wegfall der Besatzungslasten - zuerst also bei dem Haushaltsplan 1956/57 - war die Stunde der Besinnung über die zukünftigen Notwendigkeiten und Möglichkeiten der deutschen Finanzpolitik gekommen. Aber schon damals wurden durch die militärpolitischen Überlegungen fast alle anderen Erwägungen in den Hintergrund gedrängt, und die gesamte Wertung der politischen Aufgaben wurde völlig verzerrt. Wäre das nicht der Fall gewesen, so hätte man gesehen, dass gerade

von der Bundesrepublik im kalten Kriege Aufgaben gelöst werden müssen, die für die freie Welt entscheidender sind als die alleinige Forcierung der militärischen Aufrüstung. Man hätte den Verbündeten klar machen müssen, dass gerade im kalten Krieg die anderen Aufgaben den Vorrang haben. Eine umfassende Sozialreform, die Sicherung des Wohnungsbaues bis zur Beseitigung der Wohnungsnot, der grosszügige Ausbau des Schul- und Bildungswesens, um den Aufgaben der zweiten industriellen Revolution gerecht zu werden, die möglichst schnelle Durchführung der Wiedergutmachung, eine Regelung des Finanzausgleichs, die es den Ländern und Gemeinden ermöglichte, ihre ständig wachsenden Aufgaben zu erfüllen - das waren und sind die ersten Forderungen des Tages.

Eine sorgfältige Überlegung und Planung hätte erwiesen, welche finanziellen Aufwendungen dazu erforderlich sind, und gleichzeitig wäre auch klar geworden, was dann noch für die Aufrüstung zur Verfügung stand oder welche Wege man zur Finanzierung des Militärhaushaltes beschreiten könnte und wollte. Schäffer sieht heute offenbar einige seiner grossen Fehler. Um davon abzulenken, versucht er die Wiedergutmachung zum Sündenbock zu machen. Ihn, der die Wiedergutmachung innerlich immer abgelehnt hat, kommt wohl kaum zum Bewusstsein, welchen Schaden er damit aussen- und innenpolitisch anrichtet. In einer wirklich funktionierenden parlamentarischen Demokratie wären seine Tage als Minister aber ge-
hlt.

Leider ist also dieser entscheidende Augenblick der grossen Besinnung verpasst worden. Man hat stattdessen die militärischen Überlegungen immer mehr in den Vordergrund gerückt mit dem Ergebnis, dass man heute offenbar Pläne entwickelt, die dazu führen, dass durch den riesigen Umfang der Ausgaben für militärische Zwecke alle anderen Aufgaben in den Hintergrund gedrängt werden und ausserdem die Gefahren für die Wirtschaft und Währung nicht beseitigt, sondern vergrössert werden. Bei der Beratung des Haushaltsplanes für 1958 ist der Augenblick gekommen, in dem man diese Fragen eingehend prüfen muss. Nachdem vor zwei Jahren die beste Möglichkeit verpasst wurde, muss nun umso gründlicher überlegt werden, wie Finanz- und Haushaltspolitik in den nächsten Jahren aussehen sollen. In diesem Jahre werden die Weichen für die nächsten vier Jahre gestellt.

Der Kongress von Kairo

H.E.D. Dieser Tage ging in der ägyptischen Hauptstadt die afro-asiatische Solidaritätskonferenz zu Ende. Mehr als 500 Delegierte aus 42 Ländern haben eine Woche lang versucht, Probleme zu erörtern, die für die politische und wirtschaftliche Bedeutung ihrer Nationen von Bedeutung sind. Der sehr pathetische Stil der Kommuniqués und Resolutionen verführt den westlichen Beobachter leicht dazu, diese Zusammenkunft als eine reinen Propaganda-Scup extrem anti-westlicher Kreise abzutun.

6 Diese Einschätzung erfährt eine Verstärkung, wenn man die Rolle sieht, die die Sowjetunion auf diesem Kongress spielen konnte. Und doch wäre ^{es} ein grober Fehler, wollte man allen Teilnehmern in Kairo unterstellen, sie hätten nur als kostenlose Staffage für eine Moskauer Manöver gedient. Leider hat es der Westen verabsäumt, rechtzeitig und mit Glaubwürdigkeit sich als Partner der ehemals kolonialen Gebiete vorzustellen. Angesichts dieses Mangels war es für die Sowjets ein leichtes, die Maske eines hilf reichen und uneigennütigen Freundes anzulegen. Alles Schimpfen und all die bitteren Kommentare der europäischen und amerikanischen Presse täuschen nicht darüber hinweg, dass die Regierungen des Westens die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben.

Es darf aber nicht übersehen werden, dass unter den Konferenzteil-
6 hnern nicht jene Einmütigkeit geherrscht hat, die bestimmte Kreise im Westen in geradezu grober Vereinfachung als ein Monotekel an die Wand malten. Selbst die Sowjets waren teilweise verstimmt, dass die Inder und Burmesen sich ihrem Liebeswerben gegenüber reserviert verhielten und versuchten, jenseits aller Blöcke neue politische Verhaltensweisen für die Völker zwischen Amur und Nordafrika zu entwickeln. So einseitig anti-westlich wie es sich Moskau gewünscht und wie es viele Beobachter dargestellt haben, war die Konferenz nicht eingestellt. Die sudanesischen Delegierten wiesen mit Nachdruck darauf hin, dass ihr Land nicht gewillt sei, mit dem Angebot der sowjetischen Wirtschaftshilfe auch gleichzeitig eine Infiltration kommunistischer Funktionäre und Helfer zu - 4 -

akzeptieren. Und dies war nicht das einzige Beispiel in Kairo, wo sich die Afrikaner und Asiaten sehr deutlich von den sowjetischen Absichten absetzten, in den sogenannten Entwicklungsländern Bastionen des russischen Einflusses zu errichten.

Schon ehe diese Konferenz begann, hatte sich die Weltöffentlichkeit sehr stark mit den vermutlichen Zielen und Absichten der Delegierten beschäftigt. Und hierzu sei gleich vermerkt: Kairo war nicht Bandung,

und man geht nicht fehl in der Annahme, dass die Mehrzahl der Delegierten sich gar nicht mit dem Wunsche trug, jene Zusammenkunft der Regierungschefs zu kopieren. Denn nicht nur war die Ebene der Zusammenkunft eine andere - in Bandung trafen sich Regierungen -, sondern auch die politische Lage, in die hinein die Kairoer Konferenz gestellt wurde, unterschied sich wesentlich von der, da der Geist von Bandung beschworen wurde.

Im Jahre 1957 existierte jenes Gefühl, dass allein die Zusammenarbeit der farbigen Völker, ihr Elan und ihre Einsatzbereitschaft genügt, um der inneren und äusseren Schwierigkeiten Herr zu werden, nicht mehr. Die Zwischenzeit hatte auch die verantwortlichen Staatsmänner Asiens und Afrikas gelehrt, dass der Anti-Kolonialismus als Weltanschauung keine Medizin für vernachlässigte Volkswirtschaften darstellt. Aus diesem Grunde darf man feststellen, dass Kairo trotz des Pathos und der rhetorischen Leidenschaft, die sich auf diesem Kongress zeigten, eine nüchterne Bilanz aufweist. Will man ein Bild zur Illustration der Konferenz benutzen, so möge man von einem Seismographen sprechen, der in Kairo die Wünsche und Überlegungen der afroasiatischen Nationen anzeigte, vielleicht weniger wohl formuliert und gefiltert, aber darum vielleicht auch realistischer und echter als die Konferenz von Bandung.

Der Kanzler und die Frauen

sp - Bundeskanzler Dr. Adenauer liess es sich zum Jahreswechsel angelegen sein, die Frauen in der Bundesrepublik - mit Verlaub zu sagen - auf den Arm zu nehmen. Er teilte den Frauenverbänden durch Staatssekretär Globke mit, es widerspräche der "Kanzlergepflogenheit", Vorschläge über die Besetzung der einzelnen Ministerien vor der Öffentlichkeit zu begründen. Die Frauenverbände hatten sich nämlich eingedenk eines vor der Bundestagswahl gegebenen Versprechens, eine Frau als Minister zu berufen, erlaubt, den Kanzler zu fragen, warum er dieses Versprechen nicht gehalten hätte.

Die Meinungsforschungsinstitute in der Bundesrepublik haben in der Vergangenheit stets festgestellt, dass vielerorts besonders die Frauen dem "netten Bundeskanzler" bei Wahlen ihre Stimme geben. Ohne Zweifel wollte Adenauer dieses Vertrauen dem Schein nach auch honorieren, denn auf dem Hamburger CDU-Parteitag liess er demonstrativ eine Frau über Familienfragen reden und mehr als einmal versprach er, bei der kommenden Kabinettsbildung der Frauen zu gedenken. Familienminister Dr. Wuermeling galt schon vor der Wahl als abgeschrieben.

Nach Tischklang es dann anders. Mächtige konfessionelle Gruppen hatten sich beim Bundeskanzler darum bemüht, Herrn Wuermeling zu halten. Der Kanzler "vergass" seine Versprechungen und das neue Bundeskabinett wurde wieder nur aus Männern gebildet.

Die Antwort, die die Frauenverbände jetzt durch Herrn Globke erhalten haben, ist gleichbedeutend mit einer Verhöhnung. Sie ist aber auch ein Hinweis darauf, was man von Kanzlerversprechungen zu halten hat.

Damit die Frauen in der Bundesrepublik aber nicht ganz leer ausgehen, bekommen sie zum neuen Jahr als Geschenk des Kanzlers Preiserhöhungen für Brot und Brötchen sowie Preiserhöhungen für Briketts.

Da werden sich die Frauen aber freuen! Das Wirtschaftsgeld bleibt zwar das gleiche, eine Frau Minister gibt es auch nicht - aber dafür dürfen die Frauen zahlen. Und weil doch der Herr Bundeskanzler "so ne nette Mann" ist, wird man ihm auch nicht böse sein ...

Zeichen und Wunder

sp- Es geschehen doch noch Zeichen und Wunder! Sogar im Zeitalter des "sachlichen Denkens".

Da hat doch in Mainz dieser Tage ein Arbeiter seine volle Lohntüte verloren. Eine bittere Sache, zumal vor Weihnachten die letzten Pfennige für die Geschenke erhalten mussten.

Traurig und gedrückt macht sich der Mann auf den Heimweg; er wohnt in Essenheim, einem kleinen Dorf, nicht weit von Mainz.

Unterwegs überlegt er, was er seiner Frau erzählen soll. Ob sie ihm die Geschichte von der verlorenen Lohntüte glauben wird? Oder soll er eine andere Geschichte erfinden? Auf den Gedanken, erst einmal zur Polizei zu gehen, war er gar nicht gekommen. Wer wird schon eine volle Lohntüte abgeben, die er gefunden hat?

Als der Arbeiter in Essenheim mit seinem Fahrrad um die Ecke kurvt, sieht er vor seinem Hause den Punkstreifen-Wagen der Polizei stehen. Nanu, ist etwas passiert?

Es war etwas passiert. Beim Betreten seiner Wohnung findet der Arbeiter einen Polizeibeamten vor.

"Sind Sie der Herr X? Haben Sie in Mainz Ihre Lohntüte verloren?" - fragt der Beamte unseren verdutzten Mann.

"Das nächste Mal passen Sie besser auf. Hier haben Sie Ihre Lohntüte. Aber vergessen Sie nicht, sich bei Frau Küller zu bedanken. Die hat die Lohntüte nämlich gefunden und gleich zu uns auf's Revier gebracht. Na, und wir haben uns gedacht, dass Sie das Geld zum Monatsende gut gebrauchen können. Da haben wir den Instanzenweg eben mal etwas abgekürzt!"

Wie uns mitgeteilt wurde, soll dem Arbeiter die Spucke weggeblieben sein. Nicht einmal "gleichfalls" soll er gesagt haben, als der Beamte mit einem freundlichen "Prost Neujahr" den Rückzug antrat.

Ein Hoch auf die Finderin der Lohntüte! Ein Hoch auf die Beamten vom Mainzer Polizeirevier! Einen erlichen Finder und einen "verkürzten Instanzenweg" - beides zusammen erlebt man nicht alle Tage.

Ein rechtes Wort zur rechten Zeit

sp- Als oberster Repräsentant der Bundesrepublik stent Prof. Heuss über den politischen Tagesstreit. Das enthebt ihn allerdings nicht der Verpflichtung, Stellung zu den grossen politischen Fragen zu beziehen, die nicht nur uns Deutsche allein bewegen, und denen wir nicht ausweichen können. Die Neujahrsansprache des Bundespräsidenten zählt zu den eindrucksvollsten Bekundungen der neuen deutschen Demokratie, sie ist ein unüberhörbares Bekenntnis zu einer Politik des Friedens, der Verständigung und eine Absage an alle Kräfte, die dem Frieden und der Verständigung entgegenwirken. Eine Feststellung wie diese, dass das oft zitierte Wort des grossen Clausewitz, der Krieg sei eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, in seinem innersten Sinn zerbörsten sei, seit es den politisch manipulierbaren Krieg nicht mehr gibt, hat eine in die Zukunft weisende Bedeutung; sie ist der Niederschlag von Gedanken und Empfindungen, die sich zwangsläufig an der Wegscheide, vor der die Völker im Atomzeitalter und im Zeitalter der ins Weltall geschossenen künstlichen Monde stehen, aufdrängen.

Dazu gehört auch die Feststellung, die Politik sei unser Schicksal, sie dürfe jedoch nicht lediglich "in die notwendigerweise wechselreichen und ungesicherten Konzeptionen militärischer Stäbe, so bedeutend deren Glieder sein mögen, eingepackt werden. Prof. Heuss erinnerte in diesem Zusammenhang an ein Wort des amerikanischen Russlandexperten George Kennan, zwischenstaatliche Gespräche nicht von vornherein mit der Absicht zu führen, die andere Seite propagandistisch ins Unrecht zu setzen, und dies gilt für alle Seiten. Prof. Heuss hatte auch den Mut, daran zu erinnern, dass das russische Volk im 19. Jahrhundert mit Tolstoi und Dostojewski der Menschheit die grössten Epiker schenkte und es völlig abwegig sei, aus der Tatsache der kreisenden Sputniks in eine von Furcht und Angst diktierte Hysterie zu verfallen.

Diese Neujahrsansprache eines wohl abgewogenen in und über der Zeit stehenden Mannes wird in die Geschichte eingehen. Ihrer auftrüttelnden Wirkung kann sich niemand entziehen. Sie flösst einem von Unsicherheit und Furcht gequälten Volk neue Hoffnungen ein, und in der Weite ihrer Konzeption trifft sie sich mit den kühnsten Gedanken der kühnsten Männer unserer Zeit. Das genau ist die Sprache und der Geist, die wir führen und den wir pflegen müssen, wenn wir unseren Beitrag zur Befreiung von Furcht und Hysterie in unserer Zeit leisten wollen.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel